

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

34. Newsletter

„Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Dezember 2021

Editorial

„Ist die Ausgrenzung von Ungeimpften nicht auch Diskriminierung?“ Diese Frage wird uns gerade immer wieder gestellt. Von Schulsozialarbeiter_innen, von Personalrät_innen, von Kolleg_innen, allesamt der Coronaleugnung völlig unverdächtig. „Wird hier nicht, so definiert ihr doch Diskriminierung, eine Gruppe zu einer Gruppe gemacht, mit negativen Bildern belegt und systematisch benachteiligt?“

Aus einer juristischen Perspektive ist die Antwort relativ einfach. Zum einen schützt der Diskriminierungsschutz des AGG nur die dort definierten Gruppen. Eine Ungleichbehandlung ist demnach eine Diskriminierung, wenn sie auf Zuschreibungen oder Zugehörigkeiten beruht, die Bestandteil gesellschaftlich relevanter Ungleichheitsstrukturen sind, die systematisch zu Benachteiligung führen, zentrale Persönlichkeitsmerkmale betreffen und auch von den Personen nur schwer oder gar nicht veränderbar sind. Auch erlaubt das AGG Ungleichbehandlung selbst dieser Gruppen, wenn es einen rechtfertigenden Sachgrund gibt. Angesichts der eminenten Bedrohung durch die Pandemie sollten wir uns einig sein, dass hier Ungleichbehandlungen gerecht fertig sind, um andere vulnerablen Gruppen zu schützen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes kommt in ihrer aktuellen Expertise (in diesem Newsletter) dann auch zu dem Ergebnis, dass nur bei bestimmten Gruppen Ungleichbehandlung von Ungeimpften als Diskriminierung zu werten wäre.

Aber können wir uns hier aus einer diskriminierungskritischen Perspektive auf eine rein juristische Betrachtung zurückziehen und dann schweigen? Müssten wir nicht trotzdem intervenieren, wenn in Unternehmen, Geimpfte und Ungeimpfte durch verschiedene Eingänge eingelassen werden? Wenn infizierte ungeimpfte Bekannte, sich nicht mehr den Notarzt rufen trauen, weil sie sich den Schuldzuschreibungen nicht aussetzen wollen? Wenn durch Teams, Schulklassen, Kollegien immer mehr Risse gehen, in denen Kommunikation kaum mehr möglich ist?

Wissen wir nicht um die „Gefahren einer einzigen Geschichte“ (Chimamanda Ngozi Adichie)? Wissen wir nicht darum, wie gewaltvoll es sein kann, wenn Gruppen zu

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Gruppen gemacht werden, wenn darin Menschen reduziert werden auf einen Aspekt dessen, was sie ausmacht, wenn dann je individuelle Beweggründe keine Rolle mehr spielen, weil das Bild schon die Antwort liefert auf Fragen, die dann gar nicht mehr gestellt werden müssen? Wissen wir nicht, dass das Leben nicht binär ist. Dass solche grobe Einteilungen in die einen, die ein Teil der Lösung, und die anderen, die das Problem sind, nicht nur falsch, sondern gefährlich sind?

Ja, es ist kaum auszuhalten, dass in den Intensivstationen die Kolleg_innen weit über die Belastungsgrenze hinaus überfordert sind und es womöglich bald zu Triage-Situationen kommt. Dass viele Menschen einfach nur Angst haben vor einer Wiederholung des letzten Winters mit langer Einsamkeit, viel zu engen Lebensverhältnissen, kaum mehr bewältigbaren familiären Situationen und vieles mehr. Und ja, wir brauchen eine höhere Impfquote.

Aber würden wir die nicht viel eher erreichen, wenn wir gemeinsam und über die Grenzen von Geimpften und Ungeimpften hinweg an einer solidarischen Idee eines verantwortlichen Umgangs mit der Pandemie arbeiten. Wenn wir als gemeinsames Ziel definieren, vulnerable Gruppen zu schützen. Wenn wir anerkennen, dass es individuelle Gründe gibt, die wir nicht im Einzelnen verstehen müssen, um sie anerkennen zu können. Wenn wir dann unsere Umgebung nicht mehr in Geimpfte und Ungeimpfte trennen, sondern in die, die verantwortlich verhalten und die, die dies nicht tun. Impfen ist eine Möglichkeit, vermutlich die einfachste und wirksamste. Aber Geimpfte, die sich sicher fühlen und keine weitere Rücksicht nehmen, sind womöglich die größere Gefahr als Ungeimpfte, die sich und andere anderweitig schützen. Auf einer Basis gegenseitiger Anerkennung von Ängsten und Bedenken ließe sich dann auch wieder anders streiten, ohne die Sorge haben zu müssen, dass alleine eine Nachfrage angesichts des gewaltvollen gesellschaftlichen Sprechens über das Thema die Kommunikation und Beziehung gefährdet. Dies führt zu dem Schweigen in einer Situation, in der wir angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen wie individuellen Zerbrechlichkeit (siehe den Gastkommentar von María do Mar Castro Varela in diesem Newsletter) miteinander gegenseitig liebevoll und zugewandt umgehen sollten.

Vielleicht ist dies keine Antwort auf große gesellschaftliche Fragen. Aber wir könnten an den Orten, an denen wir zusammenkommen, in Teams, Kollegien, Vereinen, Gruppen beginnen, einen anderen, einen solidarischen Umgang miteinander wiederzugewinnen. Vielleicht würde dies auch ermöglichen, dass wir wieder mehr in der Lage wären, die Menschen empathisch wahrzunehmen, die in ganz anders existentiell bedrohlichen Situationen sind.

Anne Jung weist in ihrem Gastkommentar auf die Menschen im globalen Süden hin, denen der Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und aktuell konkret zu einer Impfung aus Profitinteressen der reichen Länder vorenthalten werden. Die von ihr beschriebene Aktion „Impfsoli“ könnte eine Antwort sein, mit positiver Energie für den globalen Zugang zum Impfen zu werben, dabei auch in dieser Gesellschaft fürs Impfen zu werben, statt mit einer negativen, toxischen Energie sich an „Ungeimpften“ abzarbeiten.

Mit diesem Newsletter wollen wir in einem zweiten Themenschwerpunkt noch die Situation an den Außengrenzen in den Blick nehmen, die angesichts der Pandemiesituation schnell wieder aus den Schlagzeilen und unserem Bewusstsein gerät.

In einem dritten Schwerpunkt haben wir ein paar Quellen zusammengestellt, die den Koalitionsvertrag unter rassismuskritisch relevanten Perspektiven beleuchten. Auch wenn hier bei migrationsbezogenen Fragen, kaum essentielle Verbesserungen zu erwarten sind, gibt es doch positive Signale für Verbesserungen im Bereich Diskriminierungsschutz.

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den bei Anne Jung und María do Mar Castro Varela für ihre Kommentare und wünschen euch allen, dass ihr wohlbehalten und gut durch diesen Winter kommt.

Bleibt solidarisch und passt aufeinander auf.

Andreas Foitzik und Sabine Pester

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg

Gastkommentar I

Chronik eines globalen Versagens

Von Anne Jung, medico international

In diesen Wochen feiert das Covid-19-Virus seinen zweiten Geburtstag, gerade in Gestalt der neuen Variante Omikron. Von Beginn an fand das Virus beste Voraussetzungen, um sich weltweit zu verbreiten.

Bereits die Frühwarnsysteme versagten. Weil die chinesische Regierung die Weltgesundheitsorganisation WHO viel zu spät informierte und Mediziner:innen den Mund verbot, die vor dem neuen Coronavirus warnten, konnte sich dieses leicht ausbreiten. Im Gepäck internationaler Reisetätigkeiten und durch die konsequente Weigerung Europas und der USA, rasche Gegenmaßnahmen zu ergreifen – Wahlkampfveranstaltungen, der Karneval oder Partys in Ischgl schienen wichtiger zu sein – sprang es in rasanter Geschwindigkeit von Kontinent zu Kontinent. Die maroden Gesundheitssysteme vieler Länder und nationalistische Politiken trugen ihren Teil dazu bei. Bei seiner Verbreitung traf das Virus auf Weltverhältnisse, die aus einer Pandemie eine Polypandemie machten. Schon bevor es die ersten Länder des globalen Südens erreichte, verloren Millionen Menschen ihre Jobs. Nachdem zum Beispiel H&M, Mango und Co. Lieferverträge angesichts von Lockdowns gekündigt hatten, standen Näher:innen der globalisierten Textilindustrie in Bangladesch und Pakistan vor verschlossenen Fabrikatoren, ohne Sozialversicherung oder Rücklagen. Auch die Folgen für andere gesundheitliche Felder sind dramatisch. Indem etwa globale Behandlungsprogramme gegen Krankheiten wie Tuberkulose und HIV durch die Pandemie wesentlich eingeschränkt wurden, grassieren diese wie selten zuvor. Die Polypandemie hat millionenfache Insolvenzen erzeugt, Wirtschaftskrisen ausgelöst und vielerorts die Ernährungsunsicherheit verschärft. Weltweit leiden heute 811 Millionen Menschen an chronischem Hunger – das ist jeder Zehnte.

Von Anfang an war klar, dass die Pandemie erst dann vorbei sein wird, wenn sie für alle vorbei ist. So beschworen neben Kanzlerin Angela Merkel und EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen viele Machthaber:innen Europas immer wieder die Bedeutung globaler Solidarität und Verantwortung. Ihr Handeln aber sah anders aus. Immer dann, wenn es ans Eingemachte ging, wogen Eigeninteressen sehr viel mehr als jeglicher Gemeinn. Einige Beispiele aus der Chronologie eines Systemversagens.

Um dem Virus Einhalt zu bieten, machte die Weltgesundheitsorganisation im Mai 2020 den von der Idee globaler Solidarität getragenen Vorschlag eines „Covid-19 Technologie-Zugangspools (C-TAP)“. Die Idee: In dem C-TAP sollten Entwickler:innen von Covid-19-Therapeutika, -Diagnostika, -Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten ihr Wissen, ihre Daten und damit ihr geistiges Eigentum teilen. Mit einer solchen Transparenz wäre die Pandemie weltweit schneller, gerechter und sicherlich erfolgreicher zu bekämpfen. Doch nichts geschah. Vor allem die Industrienationen, in denen große Pharmaunternehmen ansässig sind, verweigerten dem Ansatz die Unterstützung und desavouierten damit zugleich die WHO als zentralen Akteur einer global koordinierten Pandemiebekämpfung.

Nach dieser Erfahrung wandten sich Südafrika und Indien mit einer Initiative nun an die Welthandelsorganisation (WTO): Gebraucht werde eine global vereinbarte Verzichtserklärung auf Rechte des geistigen Eigentums für alle Covid-19-Medizinprodukte in der Zeit der Pandemie, ein sogenannter Waiver für eine vorübergehende Aufhebung des Patentschutzes. Eine solche Ausnahmegenehmigung angesichts der größten globalen Gesundheitskrise seit 100 Jahren hätte die Produktionskapazitäten dezentral

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

vervielfachen und dadurch massiv beschleunigen können. Auch die Versorgung mit dringend notwendigen Diagnostika, Therapeutika und Medizinprodukte würde damit nicht mehr nur von wenigen Pharmakonzernen kommerzialisiert und kontrolliert, sondern viel breiter aufgestellt. Doch auch dieser Antrag wurde von Industrienationen abgelehnt. Wieder war Deutschland eine der treibenden Kräfte.

Es ist unübersehbar: Die Pandemie legt die politischen Arrangements neoliberaler Globalisierung offen. Um die kapitalistische Profiterzeugung unangetastet zu lassen, wird die Verlängerung der Coronakrise mit Millionen Toten billigend in Kauf genommen. Die Industrienationen haben die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass die Pharmaindustrie entscheiden kann, wer Zugang zum Impfstoff hat und wer nicht. Sie haben die Gesundheit dem Markt ausgeliefert. Darin schreibt sich fort, was seit Jahrzehnten als neoliberale Ausrichtung von Ökonomie und Politik betrieben wird: Das öffentliche Gesundheitswesen wird im Sinne privatwirtschaftlicher Profitlogiken ausgehöhlt und umgebaut, die gesundheitliche Vorsorge zur Verantwortung des Einzelnen gemacht.

Die fehlende Bereitschaft zu solidarischem und epidemiologisch vernünftigem Handeln hat dazu geführt, dass die Coronakrise immer größerer Verwüstungen anrichtet und Ungleichheiten zunehmen. Aufgrund der künstlichen Verknappung der Produktion fehlen aktuell drei Milliarden Impfdosen. Und sie fehlen dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in den Staaten mit den schwächsten Gesundheitssystemen. Nur ein sehr kleiner Teil der weltweit bislang verabreichten Impfdosen ist im globalen Süden gespritzt worden. Ein Blick auf die globale Impfkarte legt die eklatante Ungleichheit offen. Hierzu trägt auch das weitgehende Scheitern der bei der WHO angedockte Initiative Covax bei. Als klassisches Projekt privat-öffentlicher Zusammenarbeit sollte Covax auf weitgehend freiwilliger Basis Impfdosen erhalten, ihre Verteilung organisieren und dadurch einen weltweit gleichmäßigen Zugang gewährleisten. Doch sowohl die Industrienationen wie auch die Pharmaindustrie hatten bislang nur Brosamen für die Initiative übrig. So hat Big Pharma gerade einmal ein Prozent der anvisierten Summe beigesteuert – während die Gewinnspanne der großen Konzerne alleine mit den Covid-Impfstoffen in diesem zweiten Pandemiejahr wohl die 50 Milliarden Euro Grenze erreichen wird. Covax ist also nicht nur mit der Umverteilung gescheitert. Der ganze Ansatz hält arme Länder in Abhängigkeit von den Industrienationen und eröffnet keine Perspektive für strukturelle Veränderungen. Es ist ein Ansatz, in dem das Recht durch freiwillige Hilfe ersetzt ist.

Die Beispiele zeigen, dass die Pharmaindustrie die Monopolisierung von Wissen, Produktion und Gewinn mit Zähnen und Klauen verteidigt. Als Argument führt sie unter anderem an, der globale Süden sei gar nicht in der Lage, den Impfstoff herzustellen. Das ist schlichtweg falsch. In vielen Ländern des Südens werden seit langem hochprofessionell Impfstoffe hergestellt. Bangladesch, Senegal, Kuba, Argentinien, Brasilien oder Pakistan – die Liste ließe sich fortsetzen. Andere könnten binnen weniger Monate einsteigen. Es liegt also nicht am Können. Es liegt am Dürfen und damit am politischen Willen.

Krisen, die den Atem rauben

Die Virusvariante Omikron zeigt erneut die existentielle Notwendigkeit einer global verankerten Strategie. Und doch geschieht wieder das genaue Gegenteil: Südafrika hat die Mutation entdeckt und die Welt informiert – und wird mit asymmetrischen Reisebeschränkungen bestraft. Die Isolation des südlichen Afrikas wurde durchgesetzt, obwohl die Infektionszahlen dort viel niedriger sind als in Europa und im Wissen darum, wie schwer die Maßnahmen die Länder wirtschaftlich treffen. All das aber ignorieren die europäischen Regierungen in dem Bemühen, sich als zupackende und verantwortungsvolle Akteure zu inszenieren.

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisierte die Reisebeschränkungen als unverhältnismäßige Belastung für das Leben und die Lebensgrundlagen der Ärmsten der Welt. Tulio de Oliveira, brasilianischer Bioinformatik-Wissenschaftler in Südafrika, der mit seinem Team das Genom sequenzierte, erinnerte eindringlich daran, dass „Grenzbeschränkungen Länder davon abhalten, die Welt vor künftigen Varianten zu warnen“. Antonio Martins von der brasilianischen Gesundheitsplattform Outras Palavras sagt es so: „Es haben sich Maßnahmen durchgesetzt, die ihren kolonialen und rassistischen Charakter kaum verbergen.“ Abschottung heißt die Devise – was fatal an den globalen Umgang mit Flucht und Migration erinnert. Menschen in vielen Ländern wird das Recht verweigert, sich zu schützen.

In diesen Zeiten rauben mehrere sich zuspitzende Krisen der Welt den Atem: die Covid-19-Pandemie, die Klimakrise und die aus beidem resultierende grassierende soziale Ungleichheit. Wenn es nicht einmal gelingt, den globalen Gesundheitsnotstand durch ein entschlossenes politisches Miteinander zu beenden – wie soll sich dann in der Klimapolitik eine globale, gerechte und solidarische Perspektive durchsetzen?

Und doch sind, auch wenn das hierzulande oft kaum zur Kenntnis genommen wird, Proteste gegen die Marktorientierung der globalen Gesundheitspolitik stärker geworden. So fordern zum Beispiel Aktivist:innen der C-19 People’s Coalition in Südafrika unter dem Motto Black Lives Matter von der Weltgemeinschaft einen Strategiewechsel in der Gesundheitspolitik. Das Netzwerk von rund 300 NGOs setzt sich dabei vor allem für den Schutz und die Rechte der am härtesten von Corona Getroffenen in Südafrika ein und verknüpft dies mit klaren Forderungen „nach oben“. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen aus aller Welt verlangen sie globale Impfgerechtigkeit und eine Begrenzung der Macht der Pharmaindustrie im öffentlichen Interesse. Diese Forderungen müssten auch hierzulande verstärkt werden: Um etwa bei der WTO den Waiver durchzusetzen, muss der Druck auf die neue Bundesregierung erhöht werden. Zugleich muss die globale Gesundheitspolitik über die Pandemie hinaus an den Interessen der Menschen und nicht des Kapitals ausgerichtet werden: von der Abschaffung der Patente auf alle essentiellen Arzneimittel und den Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, die wirklich allen zugänglich sind, über das Ende globaler Naturausbeutung bis zu einer konsequenten Dekolonisierung der Gesundheitspolitik. Wenn die Pandemie sich fortsetzt und neue Pandemien entstehen, sind nicht die Viren die Hauptursache. Verantwortlich ist das Fortbestehen alten Logiken und hierarchischer Machtstrukturen.

Anne Jung

Spenden. Mitmachen. Weitersagen.

Infektionszahlen in ungeahnter Höhe und neue Virusvarianten – ein nächster Pandemie-Winter steht unmittelbar bevor. In vielen Teilen der Welt fehlt weiterhin Impfstoff und die Lebensbedingungen vieler Menschen verschlechtern sich extrem. Nach wie vor findet das Virus beste Voraussetzungen, um sich weltweit zu verbreiten. Dies ist auch Ergebnis des Fehlens einer echten globalen Gesundheitspolitik. Von einem Ende der Pandemie oder der globalen Krise kann deshalb keine Rede sein. Deshalb:

Mach mit beim Impfsoli!

Den Schutz der Impfung kannst du nicht teilen. Aber mit einer Spende kannst du einen Beitrag für gerechte Gesundheitssysteme weltweit leisten. Mit dem Impfsoli unterstützt du die Arbeit unserer Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika im Kampf um Gesundheitsversorgung für alle und eine global gerechte Impfstoffverteilung.

www.medico.de/impfsoli

Gastkommentar II

Für eine Politik der Fragilität

Von María do Mar Castro Varela

Anders als das Sprechen über Vulnerabilität verfolgt das Konzept der Fragilität nicht das Ziel, diese zu überwinden, stark oder unzerbrechlich zu werden. Stattdessen geht es darum, einen sinnvollen Umgang mit der Fragilität zu finden und mit ihr zu leben. Wir plädieren somit für eine Akzeptanz der Fragilität, die das Versprechen mit sich führt, neue Strategien für Gerechtigkeit zu entwickeln. (Bayramoğlu/Castro Varela 2021, S.32)

Unterschiedliche Studien belegen, dass viele, zu viele, Menschen in Deutschland an Verschwörungstheorien glauben. Nach einer aktuellen Studie, die im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, hält etwa 30% der Bevölkerung in Deutschland „Verschwörungstheorien für wahrscheinlich richtig oder sicher richtig. 11 Prozent halten die Aussage für sicher richtig und sind damit überzeugte Verschwörungstheoretiker.“ (Roose 2020, S. 4) Das sind beunruhigende Zahlen. Dabei ist nicht sicher, ob die Zahl der Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, während der Pandemie deutlich zugenommen hat. Wahrscheinlicher scheint, dass die Pandemie einige Gruppen, die Verschwörungstheorien befeuern, die Möglichkeit gegeben haben, die Pandemie zu instrumentalisieren. So konnten rechte Ideolog:innen Menschen, die Verschwörungstheorien bereits zuvor für möglich gehalten haben, nun für ihre Sache einspannen. Das was wir jetzt beobachten, ist eine zunehmende Radikalisierung von vorher (harmlosen) Verschwörungstheoretiker:innen und auch eine Verschiebung dessen, was als Meinung noch als akzeptabel bezeichnet werden kann. Wir sehen Fackelaufzüge vor Privatwohnungen von Politiker:innen, Demonstrationen, bei denen 20.000 Menschen nicht nur staatsverachtende Parolen rufen, sondern auch die Demokratie als Diktator bezeichnen. Und wir sehen wie die Opfer der Shoa entwürdigt werden: zahllose Impfwillige heften sich schamfrei einen Judenstern an die Brust auf dem „Umgeimpft“ zu lesen ist. Das ist gewalttätig und antisemitisch. Immer wieder wird von der großen Heterogenität der Demonstrierenden gesprochen, die sich aus Esoteriker:innen; Anthroposoph:innen und etwa Reichsbürger:innen zusammensetzen und die aktiv unterstützt werden von Prominenten wie Xavier Naidoo, der offen mit den Reichsbürger:innen sympathisiert oder Attila Hildmann, der offen antisemitisch ist. Dazu reihen sich eine wachsende Anzahl sogenannter alternativer Medien, die nicht nur behaupten, die Wahrheit zu kennen, sondern diese auch als einzige heroisch zu verkünden. Wundert es uns, dass wir hier alte Bekannte treffen? Etwa Eva Herrmann, die ehemalige Nachrichtensprecherin der Tagesschau, die heute mit ihrem Lebensgefährten Andreas Popp in Kanada lebet und dort mit ihm die „Wissensmanufaktur“ leitet. Nach eigenen Angaben handelt es sich dabei um ein „Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik“. Auf deren Website finden sich zahlreiche Videos, in denen sie und ihre Gäste rechtspopulistische Thesen und Verschwörungstheorien wie die des „Großen Austauschs“ verbreiten. Muss uns das interessieren? Ich denke schon, denn die rechten ‚Nachrichten‘ werden tausendfach auf YouTube abgerufen. Aber auch Menschen, die immer schon der sogenannten „Schulmedizin“ misstrauten, die ihre Kinder auf sogenannte „Freie Schulen“ schicken, weil sie den staatlich finanzierten Schulen misstrauen, folgen bereitwillig alternativen Vorstellungen, nach denen entweder eine jüdische, eine muslimische oder asiatische Weltherrschaft droht. Die Komplexität der Wirklichkeit wird zusammengeschmolzen und auf einen einfachen Nenner gebracht: Es gibt geheime Pläne, einen ‚tiefen Staat‘ und es sind internationale Eliten, die das ‚Volk‘ manipulieren und kontrollieren (wollen) – durch Nanochips, die durch die Impfung übertragen werden und/oder die 5G Technologie.

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Als rassismuskritische Menschen müssen wir uns damit beschäftigen und auch die eigene demokratienotwendige Staatskritik auf Staatsverachtung und Staatsphobie (siehe etwa Dhawan 2020) überprüfen. Aber wir müssen vielleicht noch mehr als das: Wir müssen uns mit der eigenen Fragilität wie auch der sozialen und politischen Fragilität auseinandersetzen. Fragilität bedeutet schlicht Zerbrechlichkeit. Unser persönliches und soziales Leben ist ein fragiles Gebilde, unsere Körper sind zart und porös, unser Geist und unser moralisches Urteilsvermögen zuweilen unglaublich schwach und die Demokratie immer potenziell suizidal, wie der französische Philosoph Jacques Derrida (2003), dies so pointiert beschrieben hat. Die Pandemie wirkte wie ein Fragilitätskatalysator. In post/pandemischen Zeiten wird es darum gehen müssen, so die These von Yener Bayramoğlu und mir (2021), eine allgemeine Politik der Starken und die damit einhergehende akzeptierte Ignoranz zu überdenken. Wer die Zerbrechlichkeit des Lebens nicht akzeptiert, wird eher dazu neigen, ausgrenzend zu argumentieren. Vor der Pandemie gab es kein Glück, keine Gerechtigkeit und keine Harmonie: Klimawandel, Rassismus, die Ausweitung subalternen Räume etc. begannen nicht mit der Pandemie. Doch die Pandemie hat vieles verschärft: die Armut, den Rassismus und Antisemitismus, der sich unter anderem in Verschwörungstheorien breit gemacht hat. Die Pandemie klebt gewissermaßen an den Körpern der Anderen. Es sind mal wieder die Anderen, die für alles 'Böse' verantwortlich zeichnen sollen. Zu Beginn der Pandemie war es noch die gesamte asiatische Community, die für den Ausbruch verantwortlich gemacht wurde. Das rief uns die alten kolonial-rassistischen Bilder von der 'Gelben Gefahr' in Erinnerung. Und dann waren sie wieder sichtbar: die Protokolle der Weisen von Zion, die Narrative die virustragenden nicht-weißen Körper und die hasserfüllten rassistischen Stereotype.

Es ist an der Zeit, die Fragilität unseres Lebens, die eben auch auf eine nicht hintergehbare Abhängigkeit von den Anderen beruht, anzuerkennen. Ein post/pandemisches Leben erfordert unserer aller Intelligenz wie auch eine Politik der Fragilität, die auf kontrapunktische Solidarität setzt. Eine Solidarität, die die polyphonen Stimmen der Anderen nicht nur toleriert, sondern die Abhängigkeit von diesen akzeptiert und sich distanziert von den Narrativen der Weltverschwörung und Staatsphobie.

Literatur

Bayramoğlu, Yener/Castro Varela, María do Mar (2021): Post/Pandemisches Leben. Eine neue Theorie der Fragilität. Bielefeld: transcript.

Derrida, Jacques (2003b): "Autoimmunity: Real And Symbolic Suicides – A Dialogue With Jacques Derrida", in: Giovanna Borradori (Hg.), *Philosophy In A Time Of Terror*, Chicago: University of Chicago Press, S. 85-136.

Dhawan, Nikita (2020): "State as pharmakon", in: Davina Cooper/Nikita Dhawan/Jane Newman (Hg.), *Reimagining the State. Theoretical Challenges and Transformative Possibilities*, London/New York: Routledge, S. 57-76.

Roose, Jochen (2020): *Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien*. Hrsg. Konrad Adenauer Stiftung. Berlin.

Autorin:

Castro Varela, María do Mar (Prof. Dr.)

Diplom-Psychologin, Diplom-Pädagogin und promovierte Politikwissenschaftlerin ist Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Zurzeit ist sie die Ustinov-Gastprofessorin und lehrt am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Sie ist u.a. Ko-Leiterin des Forschungsprojekts „Digitaler Hass“ und hat gemeinsam mit Yener Bayramoğlu kürzlich das Buch „Post/Pandemisches Leben. Eine neue Theorie der Fragilität“ im transcript Verlag veröffentlicht.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Corona - Aufrufe, Stellungnahmen, Artikel und Pressemitteilungen	11
Yener Bayramoğlu, María do Mar Castro Varela: Post/pandemisches Leben – Eine neue Theorie der Fragilität	11
Corona-Monitor (Hg.): Corona und Gesellschaft - Soziale Kämpfe in der Pandemie.....	11
3G, 2G - Greift hier der Diskriminierungsschutz nach AGG? Rechtslage zu Diskriminierungsschutz von nicht geimpften Personen im Rahmen der geltenden 3G- bzw. 2G-Regelungen.....	12
Impf-Apartheid: Hilfswerke fordern mehr Geld für Corona-Bekämpfung im globalen Süden.....	12
Schwerpunkt Situation an der polnisch-belarussischen Grenze - Aufrufe, Stellungnahmen, Artikel und Pressemitteilungen	13
„Das Recht verpflichtet!“	13
Nicht aufzuhalten.....	13
Push Back Europa – Hintergrundinfos zur Lage an der polnisch-belarussischen Grenze.....	13
Eisiges Grenzregime: Die Situation an der Grenze Belarus-Polen.....	14
ZFM-Gespräch mit Christian Jakob (taz) zur aktuellen Situation im Grenzgebiet Polen-Belarus.....	14
Völkischer Wahnsinn – eine dialektische Reise	14
Schwerpunkt Koalitionsvertrag – Aufrufe, Stellungnahmen, Artikel und Pressemitteilungen	15
Koalitionsvertrag der "Ampel"-Parteien mit Aussicht auf Fortschritt in Antidiskriminierung, Gleichstellung und Inklusion	15
Aus für AnKER-Zentren und Sprachnachweise, dafür mehr Seenotrettung und Einbürgerung	15
Flüchtlingsabwehr und Klima-Imperialismus.....	15
Ampel will Familiennachzug und Einbürgerungen erleichtern	16
Zwischen linker Erneuerung und rechtem Mief.....	16
Kein Geld für die AfD	16
Kampagnen	17
adis-Pressemitteilung und Spendenaufruf zu dem Rechtsstreit der 24 georgischen Saisonarbeiter*innen	17
Erfolgreicher Kampf einer Schule gegen Abschiebung einer 11-jährigen Schülerin in Hamburg	17
„Education International“ (Bildungsinternationale) anlässlich der Publikation des UNHCR Global Compact on Refugees Indicator Report 2021	18
SOS-Méditerranée fordert staatliche Seenotrettung.....	18
Tagungen / Veranstaltungen	19
Rassismuskritik (in) der Sozialen Arbeit Wissenschaftliche, politische und sozialarbeitsbezogene Erkundungen	19
„Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung – Ein Auftrag für politische Bildung und interreligiöse Arbeit“	19
Krankenmorde und Deportationen aus Bielefeld und Bethel im Nationalsozialismus	19
EmPOWERment?! How to share my Power?	20
Let's talk about Intersektionalität	20
Materialien.....	21
Diskriminierung als Alltagsphänomen – Handlungsmöglichkeiten für die Schulsozialarbeit	21

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

„A Voice of One’s Own?“	21
Birgül Demirtaş / Adelheid Schmitz / Constantin Wagner (Hg.): Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit – Ein Theorie-Praxis-Dialog.....	21
movements – Journal for Critical Migration and Border Regime Studies	22
Die vergessenen Migrant:innen	22
Geboren in Ravensbrück – Mitveranstalter*innen gesucht.....	22
„Verschenkte Chancen?! Die Anerkennungs- und Beschäftigungspraxis von migrierten Lehrkräften in den Bundesländern“	23
„Muslimisch-zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland – Bestandsaufnahme und Selbstporträts“ ..	23
„Rassismuskritische Mädchen*arbeit“	23
bildungsLab* (Hg.): #1 Bildung. Ein postkoloniales Manifest	24
BpB - Bürger und Staat 2021-1/2.....	24
Meldungen	25
„Ver/sammeln antirassistischer Kämpfe“	25
Beitragsvorschläge gesucht: „Klassismus und Rassismen“	25
Fall Oury Jalloh: Neues Brandgutachten sieht Schuld bei der Polizei	25
Angehörige der Hanau-Opfer bekommen Aachener Friedenspreis.....	26
Berlin-Monitor 2021: Muslime und Migranten am meisten diskriminiert	26
Neue DeZIM-Studie: Rassismus-Opfer zeigen Diskriminierung oft nicht an.....	26
Amt lehnt Einbürgerung von Muslimin ab wegen verweigerten Handschlags – Absurdes aus Baden-Württemberg	27
Stellenanzeigen	28
Die Beratungsstelle response sucht eine*n Berater*in für Kassel.....	28
Die Landarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit in NRW sucht Bildungsreferent*in	28
Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB sucht Berater*in	28

Schwerpunkt Corona - Aufrufe, Stellungnahmen, Artikel und Pressemitteilungen

Yener Bayramoğlu, María do Mar Castro Varela:
Post/pandemisches Leben – Eine neue Theorie der
Fragilität

Sachbuch

Die Corona-Pandemie hat die Fragilität des modernen Lebens schonungslos offengelegt. Mehr denn je bedarf es einer neuen Theorie, die diesem Umstand Rechnung trägt. Der Band legt dies nun vor und zeigt: Wir brauchen auch eine queere Politik der Solidarität und Abhängigkeit.

Zur Bestellmöglichkeit

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5938-2/

Yener Bayramoglu, María do Mar Castro Varela: Post/pandemisches Leben - Eine neue Theorie der Fragilität

Transcript-Verlag

Print

10/2021, 208 Seiten kart.,

19,50 EUR

ISBN 978-3-8376-5938-2

E-Book (EPUB)

10/2021, 208 Seiten

17,99 EUR

ISBN 978-3-7328-5938-2

Corona-Monitor (Hg.): Corona und Gesellschaft -
Soziale Kämpfe in der Pandemie

Sammelband

Der Sammelband umfasst eine ganze Reihe spannender Analysen und Kritiken der Corona-Politiken der letzten zwei Jahre. Er beinhaltet eine ganze Bandbreite von Themen: Von Analysen der gegenwärtigen regressiven Transformation der Gesellschaft oder Gedanken zu den Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation über die Auswirkungen der Corona-Politiken auf das Leben geflüchteter Menschen in Deutschland sowie die Ergründung subalterner Proteste in Lagern oder das Erstarken rechter Akteure wie der sog. Querdenken-Bewegung, bis hin zu Analysen und Reflektionen solidarischer Praktiken in Zeiten von Corona wie etwa nachbarschaftlicher Solidarität in Leipzig oder der Initiative 19. Februar in Hanau nach dem rassistischen Terroranschlag.

Zur Bestellmöglichkeit

www.mandelbaum.at/buecher/corona-monitor/corona-und-gesellschaft/

Corona-Monitor (Hg.)

CORONA UND GESELLSCHAFT -Soziale Kämpfe in der Pandemie

Mandelbaum-Verlag

11/2021, 280 Seiten

18.00 EUR

ISBN: 978385476-911-8

3G, 2G - Greift hier der Diskriminierungsschutz nach AGG? Rechtslage zu Diskriminierungsschutz von nicht geimpften Personen im Rahmen der geltenden 3G- bzw. 2G-Regelungen

Analyse der ADS des Bundes

Die ADS hat die Frage, ob Personen, die sich aufgrund von 3G- bzw. 2G-Regelungen diskriminiert sehen, einer ausführlichen rechtlichen Analyse unterzogen. Dem Argument, es handele sich um eine Diskriminierung aufgrund der Weltanschauung, erteilt sie eine Absage. Es gibt jedoch Personengruppen, bei denen eine Diskriminierung nach dem AGG unter bestimmten Bedingungen vorliegen kann.

Zum Ergebnis der Analyse

www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/was-wir-machen/projekte/Corona/geimpft_genesen/geimpft_genesen_node.html

Quelle: Newsletter Antidiskriminierungsbüro Sachsen, <https://adb-sachsen.de>

Impf-Apartheid: Hilfswerke fordern mehr Geld für Corona-Bekämpfung im globalen Süden

Artikel im migazin vom 06.12.2021

Corona-Virusvarianten belegen: die Pandemie kann nur durch eine globale Impfstrategie bekämpft werden. Von einer gerechten Verteilung ist man dennoch weit entfernt. Experten sprechen von Impf-Apartheid.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/12/06/impf-apartheid-hilfswerke-geld-corona/

Quelle: www.migazin.de

Schwerpunkt Situation an der polnisch-belarussischen Grenze - Aufrufe, Stellungnahmen, Artikel und Pressemitteilungen

„Das Recht verpflichtet!“

Stellungnahme

Die IGfH hat am Internationalen Tag der Menschenrechte zusammen mit Partner*innen aus Deutschland und der FICE Europa und FICE International die Stellungnahme „Das Recht verpflichtet!“ europaweit (deutsch – englisch) veröffentlicht.

An der Grenze zwischen Belarus und Polen werden seit Monaten Kinder- bzw. Menschenrechte gebrochen und missachtet. Geflüchtete an die EU Grenze zu Polen zu bringen, um die EU unter Druck zu setzen, ist menschenverachtend und nutzt die Notlage der Menschen aus. Die EU verschärft diese Notlage durch eine rigide und gewaltsame Grenzpolitik und missachtet internationales Recht und EU Abkommen – das muss endlich gestoppt werden!

Wir fordern in der Stellungnahme die EU und die deutsche Bundesregierung zum Handeln auf: Die Europäische Union hat es zugelassen, dass Kinder, Jugendliche und Familien an ihren Grenzen zum Spielball internationaler Konflikte geworden sind. Durch die rigide Abschottungspolitik, die die Menschenrechte nicht anerkennt, sind Menschen gestorben und hunderte befinden sich in einer lebensbedrohlichen Situation. Die EU ist in der Pflicht Lösungen für die menschenverachtende Situation an ihrer Außengrenze zu finden, die nur durch die Verwirklichung der unhintergehbaren Rechte der Geflüchteten bestehen können. Dies ist durch eine Aufnahme in weiteren Ländern und durch Unterstützung in Form von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienhilfe zu gewährleisten.

Zur Stellungnahme

igfh.de/publikationen/fachpolitische-stellungnahmen/recht-verpflichtet

Nicht aufzuhalten

Medico-Blog von Ramona Lenz

Junge Menschen helfen Geflüchteten, die es trotz aller Abwehrmaßnahmen über die polnische Grenze schaffen. medico hat sie besucht.

Zum Blogbeitrag

www.medico.de/blog/nicht-aufzuhalten-18437

Push Back Europa – Hintergrundinfos zur Lage an der polnisch-belarussischen Grenze

Podcast von medico international

Von zwei Armeen werden schutzsuchende Menschen in den Wäldern entlang der Grenze hin- und hergetrieben: Zwischen Belarus und Polen eskaliert die europäische Abschottungspolitik. Die EU macht weiter dicht, um jeden Preis, hier und vielerorts entlang der Außengrenze – von Moria über Lipa und Lampedusa bis zu den Kanaren. Zeit zu Reden. Zeit für eine neue Folge von GLOBAL TROUBLE, dem medico-Podcast aus dem Handgemenge. Gespräche mit einer Aktivistin der Grupa Granica über die Situation im polnischen Grenzgebiet, der Journalistin Franziska Grillmeier über die zunehmende

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Kriminalisierung von Fluchthilfe und Flüchtenden, mit Ansar Jasim über die Fluchtgründe der Menschen und einer Anwohnerin aus der Sperrzone.

Zum Podcast

www.medico.de/push-back-europa-18439

Eisiges Grenzregime: Die Situation an der Grenze Belarus-Polen

Live-Talk der Rosa Luxemburg Stiftung mit der Campaignerin Liza Pflaum

An den Außengrenzen der Europäischen Union spielen sich seit Jahren menschliche Dramen ab. Im Niemandsland zwischen Belarus und Polen werden Menschen zum Spielball der Politik. Das Regime Lukaschenko nimmt sich an Erdoğan ein Beispiel, der geflüchtete Menschen instrumentalisiert, um von der EU Milliardenbeträge zu bekommen. Zahlreiche Geflüchtete aus dem Nordirak und anderen Ländern werden durch Militär und Sondereinheiten an der polnischen Grenze an einem Asylverfahren gehindert. Wir haben Liza Pflaum eingeladen, die jüngst mit einem humanitären Hilfskonvoi an der Außengrenze war und sich seit Jahren in der Seebrücke engagiert. Wir sprechen über den Kriegsjargon der Medien und die Aufgaben der Zivilgesellschaft in dieser Krise der Humanität.

Zum Interview #31 mit Liza Pflaum

www.rosalux.de/ausnahmeundzustand#pk_campaign=adb

ZFM-Gespräch mit Christian Jakob (taz) zur aktuellen Situation im Grenzgebiet Polen-Belarus

Online-Talk, 14. Dezember 2021, 16-17 Uhr, ZOOM

Der renommierte taz-Journalist und Autor spricht über die Situation im Grenzgebiet Polen Belarus. Wie ist die Situation vor Ort? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen? Wie ist der politische Konflikt einzuschätzen?

Christian Jakob setzt sich seit Jahren intensiv mit europäischer Asylpolitik und mit dem Ankommen von Geflüchteten auseinander. Zuletzt hat er das Geschehen im Grenzgebiet Polen Belarus beobachtet und für die tageszeitung (taz) berichtet.

Anmeldung

Mail an zfm-sekretariat@ku.de

Stichwort: ChristianJakob

Weitere Informationen

www.ku.de/forschung/forschungsinfrastruktur/forschende-institutionen/zentrum-flucht-und-migration/veranstaltungen/zfm-gespraech-mit-christian-jakob-taz-zur-aktuellen-situation-im-grenzgebiet-polen-belarus

Völkischer Wahnsinn – eine dialektische Reise

Kommentar von Sven Bensmann im migazin vom 16. November

An den Grenzen Europas hungern und frieren Menschen. Und wir lassen sie nicht rein. Begründung: hybride Kriegsführung und Erpressung. Frage: Wer kann noch tiefer sinken?

Zum Kommentar

www.migazin.de/2021/11/16/voelkischer-wahnsinn-eine-dialektische-reise/

Quelle: www.migazin.de

Schwerpunkt Koalitionsvertrag – Aufrufe, Stellungnahmen, Artikel und Pressemitteilungen

Koalitionsvertrag der "Ampel"-Parteien mit Aussicht auf Fortschritt in Antidiskriminierung, Gleichstellung und Inklusion

Einordnung

Der Koalitionsvertrag von SPD, GRÜNE und FDP beinhaltet einige, sehr wichtige Punkte zu Umsetzung der Antidiskriminierungspolitik auf Bundesebene, die auch für unsere Antidiskriminierungsarbeit in Sachsen wichtig sind.

Zum vollständigen Artikel

www.adb-sachsen.de/de/aktuelles/artikel/koalitionsvertrag-der-ampel-parteien-mit-aussicht-auf-fortschritt-antidiskriminierung-gleichstellung-und-inklusion

Quelle: Newsletter Antidiskriminierungsbüro Sachsen, www.adb-sachsen.de

Aus für AnKER-Zentren und Sprachnachweise, dafür mehr Seenotrettung und Einbürgerung

MiGAZIN dokumentiert die wichtigsten Punkte im Wortlaut

Die künftige Ampel-Koalition plant teilweise weitreichende Änderungen in der Flucht- und Integrationspolitik, wie aus dem am Mittwoch in Berlin vorgestellten Koalitionsvertrag hervorgeht. Darunter: Aus für AnKER-Zentren, Aus für Sprachnachweis bei Familiennachzug, dafür mehr Seenotrettung und Einbürgerungen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/11/24/das-koalitionsvertrag-aus-anker-zentren/

Quelle: www.migazin.de

Flüchtlingsabwehr und Klima-Imperialismus

Anmerkungen zum Ampel-Koalitionsvertrag von Migration Control

Die Migrations- und die Klimapolitik sind in der Politik der neuen Koalition eng miteinander verschränkt – nicht zuletzt, weil den Grünen beides ein Anliegen ist. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen beschreibt allerdings eine Festungspolitik, welche die Außengrenzen noch effektiver befestigt. Und die grüne Energie soll bei unbegrenztem Verbrauch, der als „Fortschritt“ bezeichnet wird, in Afrika erzeugt werden. Trotz der grünen Politik werden die Klimaschäden weltweit zunehmen, und zu den „Klimaflüchtlings“ werden die Refugees aus den Regionen der Welt hinzukommen, die durch die Folgen des *Global Green New Deal* ihre Lebensressourcen verlieren werden. Die Migrationspolitik, die im Koalitionsvertrag beschrieben wird, ist da nur konsequent. Einerseits werden die Bleibeperspektiven für einige verbessert – den Anforderungen der Arbeitsmärkte nach „*Young, Able Migrants*“ entsprechend. Andererseits werden die „*ökonomischen Disparitäten zwischen angrenzenden Räumen*“ verfestigt. Das Ergebnis wird eine Stay-Put-Strategie gegenüber zahlreichen Segmenten der globalen Unterschichten sein, wobei die Menschen nicht nur aus Europa und aus den europäischen Solarexklaven ausgesperrt, sondern durch die Externalisierungspolitik auch in engen

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Ländergrenzen, in Flüchtlingslagern oder in „Ausschiffungsplattformen“ eingesperrt werden.

Die ganze Erklärung

migration-control.info/fluechtlingsabwehr-und-klima-imperialismus/?web=1&wdLOR=c482AA420-8213-44FE-85B6-E3025A1014B3

Ampel will Familiennachzug und Einbürgerungen erleichtern

Kommentar von Pro Asyl

Deutschland wird künftig vermutlich von einer Ampel-Koalition regiert. Am Mittwoch präsentierten SPD, FDP und Grüne ihren Koalitionsvertrag. Darin sind zahlreiche Änderungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik verankert. Pro Asyl sieht „Licht und Schatten“.

Zum Kommentar

www.migazin.de/2021/11/25/licht-schatten-ampel-familiennachzug-einbuengerungen/

Quelle: www.migazin.de

Zwischen linker Erneuerung und rechtem Mief

Kommentar von Fabian Goldmann im migazin vom 26. November

Doppelte Staatsbürgerschaft hier, Rückführungsoffensive dort: Der Ampel-Koalitionsvertrag ist geprägt vom Willen zur gesellschaftlichen Erneuerung – und vom Rechtsruck der letzten Jahre.

Zum Kommentar

www.migazin.de/2021/11/26/koalitionsvertrag-zwischen-linker-erneuerung-und-rechtem-mief/

Quelle: www.migazin.de

Kein Geld für die AfD

Pressemitteilung der Bildungsstätte Anne Frank zu Finanzierung politischer Stiftungen im Koalitionsvertrag

Seit mehr als drei Jahren warnen wir vor der drohenden öffentlichen Finanzierung demokratiefeindlicher und rechtsextremer Bildung – konkret in Gestalt der Desiderius-Erasmus-Stiftung. Denn mit dem Wiedereinzug der AfD in den Bundestag kann die AfD-nahe Stiftung unter Vorsitz von Erika Steinbach nun auf Steuergelder in Millionenhöhe zugreifen und sie für die rechte Unterwanderung der Bildung einsetzen. Unter dem Motto „Kein Geld für die AfD“ haben wir zusammen mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie Campact und Omas gegen Rechts eine große Informationskampagne initiiert, über 262.000 Menschen haben unsere Petition bereits unterschrieben.

Im Koalitionsvertrag der Ampel finden sich erste Signale zur gesetzlichen Regelung der Finanzierung politischer Stiftungen. Das verbuchen wir als Erfolg, zugleich mahnen wir aber zur Eile und konkreten Maßnahmen, denn diese werden im Koalitionsvertrag nicht benannt.

Zur Pressemitteilung mit dem Statement

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/PM_BSAF_Koalitionsvertrag_25112021.pdf

Kampagnen

adis-Pressemitteilung und Spendenaufruf zu dem Rechtsstreit der 24 georgischen Saisonarbeiter*innen

Pressemitteilung

Seit Juni 2021 kämpfen 24 georgische Saisonarbeiter*innen für den ihnen vorenthaltenen Lohn auf einem Obsthof am Bodensee. Im Mai waren sie über das neue Arbeitsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Georgien auf dem Hof angekommen und hatten dort unzumutbare Arbeits- und Lebensbedingungen vorgefunden. Sie begannen, sich zu wehren und machten ihre Situation öffentlich. Mit viel Entschlossenheit und der Unterstützung der Beratungsstelle mira (Mit Recht bei der Arbeit) und der Betriebsseelsorge Ravensburg konnten einige Arbeiter*innen auf einen anderen Betrieb nach Niedersachsen wechseln. Andere sind direkt nach Georgien zurückgekehrt. Niemand hat jedoch den Lohn erhalten, der ihnen für die geleisteten Arbeitsstunden zusteht. Deshalb haben die Arbeiter*innen sich entschieden, aus der Ferne rechtliche Schritte einzuleiten. Eine erste Güteverhandlung scheiterte jedoch....

Zur vollständigen Pressemitteilung

adis-ev.de/wp-content/uploads/2021/12/PM-November-2021.pdf

Erfolgreicher Kampf einer Schule gegen Abschiebung einer 11-jährigen Schülerin in Hamburg

Petition

Engagierte Schüler*innen und Kolleg*innen der Mandela-Schule Hamburg haben es innerhalb von eineinhalb Wochen geschafft, die Abschiebung der 11-jährigen Schülerin und ihrer 6-köpfigen Familie zumindest vorerst zu verhindern. Da es eine Familie aus dem Kosovo ist ("sicheres Drittland"), war das nicht einfach. Ein produzierter Clip hat fast 15 000 Clicks bekommen, die Online-Petition wird bald die 50 000 Unterschriften knacken.

Doch die Abschiebung ist nicht vom Tisch und die Härtefallkommission tagt schon wieder am 16. Dezember. Selbst der SPD-Bildungssenator des Landes Hamburg setzte sich für die Mutter mit ihren 5 Kindern ein, dennoch verweigert der konservative SPD-Sitz dort die Stimme, was i.S. der Gewaltenteilung ja auch möglich ist und die Einflussnahme des Senators eben beschränkt.

Zur Petition

www.change.org/p/härtefallkommission-der-hamburgischen-bürgerschaft-bleiberecht-für-fünf-kinder-aus-hamburg-wilhelmsburg-und-ihre-mutter-d4150f77-db88-4d7c-8046-056e586de7a9

Zum Clip der Schüler*innen

www.youtube.com/watch?v=7Kxf6OdjBic

Zur Erklärung der GEW

www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/schule-fuer-alle-keine-abschiebung-aus-schule-und-ausbildung-0

Kontakt

Ramses Oueslati-Scheel

Interkultureller Koordinator der Nelson-Mandela-Schule ohne Rassismus,

oueslati@web.de

„Education International“ (Bildungsinternationale) anlässlich der Publikation des UNHCR Global Compact on Refugees Indicator Report 2021

Statement

„Education International calls on the international community to ensure the fundamental right to education and the right to decent work for all refugees without delay“

Zu den Statements in englischer Sprache

The world is failing millions of refugees. We must act now. (www.ei-ie.org/en/item/25547:el-mundo-esta-defraudando-a-millones-de-personas-refugiadas-debemos-actuar-ahora)

In französischer Sprache

Le monde abandonne à leur sort des millions de réfugié.e.s. Il faut agir maintenant. (www.ei-ie.org/fr/item/25547:el-mundo-esta-defraudando-a-millones-de-personas-refugiadas-debemos-actuar-ahora)

In spanischer Sprache

El mundo está defraudando a millones de personas refugiadas. Debemos actuar ahora. (www.ei-ie.org/es/item/25547:el-mundo-esta-defraudando-a-millones-de-personas-refugiadas-debemos-actuar-ahora)

SOS-Méditerranée fordert staatliche Seenotrettung

Artikel im magazin vom 08. Dezember

Die Lage im Mittelmeer spitzt sich zu, alle sechs Stunden ertrinkt ein Mensch, Seenotretter werden von der libyschen Küstenwache bedroht. Die neue SOS-Méditerranée-Geschäftsführerin Maike Röttger fordert ein EU-Seenotrettungsprogramm. Magazin 08.12.2021

Zum vollständigen Artikel

www.magazin.de/2021/12/08/mittelmeer-sos-mediterranee-geschaefsfuehrerin-seenotrettung/

Quelle: www.magazin.de

Tagungen / Veranstaltungen

Rassismuskritik (in) der Sozialen Arbeit
Wissenschaftliche, politische und
sozialarbeitsbezogene Erkundungen

Online- Vortragsreihe, Dezember 2021-Januar 2022, Uni Bielefeld

Mit Beiträgen von Albert Scherr (PH Freiburg) und Louis Seukwa (HAW Hamburg) (leider schon vor Erscheinen dieses Newsletters), Nivedita Prasad (ASH Berlin) und Claus Melter (FH Bielefeld), Annita Kalpaka (HAW Hamburg) und Rudolf Leiprecht (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)

Informationen und Zugangslink

[uni-](#)

[bielefeld.de/fakultaeten/erziehungswissenschaft/arbeitsgruppen/ag8/Vortragsreihe_Rassismuskritik_in_der_Sozialen_Arbeit_POSTER.pdf](https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/erziehungswissenschaft/arbeitsgruppen/ag8/Vortragsreihe_Rassismuskritik_in_der_Sozialen_Arbeit_POSTER.pdf)

„Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit
als gesamtgesellschaftliche Herausforderung – Ein
Auftrag für politische Bildung und interreligiöse
Arbeit“

Online-Fachtagung, 15.-16.12.2021, Muslimische Akademie Heidelberg i.G.

In den Medien, auf der Straße, auf der Arbeit, bei der Wohnungssuche, online oder vor dem Gesetz – an diesen und anderen Orten erfahren Muslim*innen und muslimisch gelesene Menschen Diskriminierung, Hass und manchmal sogar Gewalt. Welcher Auftrag ergibt sich hieraus für die Praxis der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung?

Nähere Informationen

www.aksb.de/themen/projekte/religionssensible-politische-bildungsarbeit/antimuslimischer-rassismus/

Veranstalter*innen

Muslimische Akademie Heidelberg i. G. in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Anmeldung

www.aksb.de/veranstaltungen/kursangebote-der-mitglieder/anmeldung/?kursnr=2739.

Anmeldeschluss

10. Dezember

Kontakt

Ann-Christin Beinlich

Beinlich@aksb.de

Krankenmorde und Deportationen aus Bielefeld und
Bethel im Nationalsozialismus

Ausstellung, 6. Januar – 28. Februar 2022, VHS Bielefeld

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Die Ausstellung zeigt mit biografischem Fokus eine Doppelperspektive auf antisemitische Verfolgung und Ermordung und auf die Verfolgung und Ermordung von Menschen, die als "krank" und "behindert" galten.

Eine Ausstellung der VHS Bielefeld in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Bethel im Nationalsozialismus an der Fachhochschule Bielefeld und dem Verein „Entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung e.V.“ Bielefeld

Weitere Informationen

www.krankenmorde-deportationen-bielefeld.de

EmPOWERment?! How to share my Power?

Zweiteiliges Web-Seminar, 12. und 19. Januar 2022, FUMA NRW

Die Web-Seminarreihe nähert sich den Facetten des Empowerments. Am 12.01. dreht sich alles um Empowerment und am 19.01. geht es um die Frage, was Powersharing bedeutet und wie wir uns mit Betroffenen verbünden können.

Weitere Informationen

www.gender-nrw.de/empowerment/

Termine

12.01.2022, 10:00 – 11:30 Uhr

19.01.2022, 10:00 – 11:30 Uhr

Plattform

ZOOM

Anmeldeschluss

07.01.2022

Anmeldegebühr

30 EUR

Let's talk about Intersektionalität

Web-Seminar, 21. Februar 2022, FUMA NRW

Intersektionalität lässt sich als Mehrfachdiskriminierung übersetzen und bezeichnet die Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen. Eine intersektionale Perspektive eröffnet pädagogischen Fachkräften einen neuen Blick auf Benachteiligungen und soziale Ungleichheiten. Im Web-Seminar erfahrt ihr, was genau unter Intersektionalität zu verstehen ist, aus welchem Kontext das Konzept stammt und reflektieren die Bedeutung für euren pädagogischen Alltag.

Weitere Informationen

www.gender-nrw.de/intersektionalitaet/

Termin

21.02.2022, 14:00 – 15:30 Uhr

Plattform

ZOOM

Anmeldeschluss

17.02.2021

Anmeldegebühr

15 EUR

Materialien

Diskriminierung als Alltagsphänomen – Handlungsmöglichkeiten für die Schulsozialarbeit

Publikation

Schulsozialarbeiter*innen und Fachkräfte der schulbezogenen Jugendsozialarbeit erleben in ihrem beruflichen Alltag mit jungen Menschen in der Schule eine große Bandbreite von Diskriminierungsauslösern, -gründen und -folgen. Die bewusste Beschäftigung mit diesen Themen ist keine zusätzliche Aufgabe, sondern ergibt sich aus ihrem professionellen Auftrag.

Wir konnten wichtige Verbände der Jugendsozialarbeit (IN VIA, BAG KJS, BAG EJSA) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gewinnen, gemeinsam mit uns als Vertreter*innen der Antidiskriminierungsarbeit und einer Gruppe von Wissenschaftler*innen, eine Broschüre mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Schulsozialarbeit zu erstellen. Ein besonderer Fokus der 36-seitigen Broschüre liegt dabei auf Kooperationsmöglichkeiten mit der Antidiskriminierungsberatung.

Zum Download

adis-ev.de/neue-adis-publikation-erschienen-diskriminierung-als-alltagsphaenomen-handlungsmoeglichkeiten-fuer-die-schulsozialarbeit

„A Voice of One’s Own?“

Podiumsgespräch mit María do Mar Castro Varela, Kien Nghi Ha und Kübra Gümüşay

Das Podium vom 2.12.2021 beschäftigte sich aus unterschiedlichen Perspektiven und Kontexten mit Bedingungen, Möglichkeiten und Begrenzungen des Miteinander-Sprechens in gegenwärtigen rassismuskritischen Diskursen, also Fragen rund um Repräsentation und Identität(en), Empowerment, (Un-)Sichtbarkeiten und inter-/transkommunale Solidarität.

Das Projekt.Kollektiv von IDA-NRW bewegt dabei, wie und unter welchen Bedingungen ein Sprechen miteinander möglich wird, dass eine Hör- und Sichtbarkeit möglichst vieler Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrungen auch jenseits vermeintlich klarer, aber auch voraussetzungsvoller Identitätsangebote und Sprecher*innenpositionen ermöglicht, ohne dabei spezifische Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen zu vernachlässigen.

Zum Podiumsgespräch

www.facebook.com/501836163499189/videos/2822157011364253/

Birgül Demirtaş / Adelheid Schmitz / Constantin Wagner (Hg.): Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit – Ein Theorie-Praxis-Dialog.

Sachbuch

Zentral ist der Blick auf Organisationen, Institutionen und Behörden der Sozialen Arbeit und des Bildungsbereiches gerichtet. Die Expert*innen-Beiträge verdeutlichen, wie wirkmächtig Diskriminierung und Rassismus in Institutionen und Organisationen sind und welche Auswirkungen dies insbesondere für betroffene Menschen hat und welche Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

Mit einem Vorwort von Maisha M. Auma

Zur Bestellmöglichkeit

www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/46478-rassismus_in_institutionen_und_alltag_der_sozialen_arbeit.html

**Birgül Demirtaş / Adelheid Schmitz / Constantin Wagner (Hrsg.)
Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit Ein Theorie-Praxis-Dialog**

Print

2022, 232 Seiten broschiert
34,95 EUR
ISBN 978-3-7799-6502-2

E-Book

232 Seiten
31,99 EUR
ISBN:978-3-7799-5826-0

**movements – Journal for Critical Migration and
Border Regime Studies**

Neue Ausgabe erschienen

Die Ausgabe ist aus einem offenen Call for Papers hervorgegangen und wurde von Ilker Ataç, Stefanie Kron, Lisa Riedner, Helge Schwiertz redaktionell betreut. Die Beiträge diskutieren verschiedene Aspekte des Europäischen Grenzregimes, (anti-)rassistische Konjunkturen und Möglichkeiten kritischer Wissensproduktion in Zeiten der Krise. Wie

Zur vollständigen Ausgabe im open access

movements-journal.org/

Die vergessenen Migrant:innen

Filmprojekt von afrique-europe-interact mit dem Regisseur Djif Djimeli

Eine politische Aktivistin, die im Steinbruch arbeitet, ein Fischer, den der Klimawandel zu einem neuen Geschäftsmodell zwingt, ein Hühnerzüchter ohne Hühner und ein Stoffhändler ohne Kund*innen – zwischen Binnenmigration und dem Traum von Europa suchen sie alle auf ihre Weise nach besseren Perspektiven. Mit den Porträts dieser vier Migrant:innen, die in Mali unterwegs sind, beleuchtet der Dokumentarfilm die Auswirkungen des Klimawandels und den Einfluss des EU-Grenzregimes auf Mobilität in Westafrika.

Zum Interview und zum Film

afrique-europe-interact.net/2089-0-Film.html

Kontakt

info@afrique-europe-interact.net

**Geboren in Ravensbrück – Mitveranstalter*innen
gesucht**

Dokumentarfilm

Der 45-minütige Dokumentarfilm zeigt die Spurensuche von Ingelore Prochnow, die Anfang 1944 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück geboren wurde und wie durch ein Wunder dort ein Jahr lang überlebte.

Die Filmemacher*innen suchen nun Partner*innen, um den Film in Kinos oder an anderen Veranstaltungsorten mit anschließenden Filmgespräch zu zeigen. Es gibt ebenfalls die Möglichkeit, den Film in Kombination mit einem Filmgespräch und mit einer Lesung aus dem Buch "Kinder von KZ-Häftlingen, eine vergessene Generation" zu zeigen.

Informationen und Stream

docupasion.de/projekte/geboren-in-ravensbrueck/

„Verschenkte Chancen?! Die Anerkennungs- und Beschäftigungspraxis von migrierten Lehrkräften in den Bundesländern“

GEW-Studie

Trotz des dramatischen Lehrkräftemangels wird tausenden zugewanderten Lehrerinnen und Lehrern der Weg an die Schulen verbaut. Die Länder sollten diese Ressourcen nicht länger verschleudern, sondern wertschätzen.

Zur Studie

www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-stellt-studie-vor-mehr-migrierte-lehrkraefte-an-die-schulen

„Muslimisch-zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland – Bestandsaufnahme und Selbstporträts“

Broschüre der Muslimischen Akademie Heidelberg i. G. | Teilseiend e. V.

Die Publikation macht das breite Engagement von gesellschaftspolitischen Akteuren im Bereich der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sichtbar. Anhand exemplarischer Träger zeigt sie die zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit von Muslim*innen im Bundesgebiet in all ihrer Vielfalt auf.

Die im Oktober 2021 erschienene Broschüre steht als kostenloser Download auf der Homepage www.teilseiend.de zur Verfügung. Druckausgaben können per Mail an info@teilseiend.de gratis bestellt werden.

„Rassismuskritische Mädchen*arbeit“

Reflexionshandbuch und Arbeitstool

Das Projekt „Mädchen* nach Flucht“ der LAG M*A NRW hat sich mit den Bedarfen und Lebenswirklichkeiten von Mädchen* mit Fluchtgeschichte auseinandergesetzt. Aus zahlreichen Vernetzungs- und Werkstatttreffen mit Praktiker*innen ist dieses Reflexionshandbuch und Arbeitstool entstanden. Dieses Handbuch kann sowohl als aktives Arbeitstool für die eigene Reflexion als auch für die eines Teams und/oder für die Organisationsreflexion genutzt werden.

Soziale Ungleichheiten, Diskriminierungen und strukturelle Gewalt erweisen sich nach wie vor als zentrale Bestandteile gesellschaftlicher Realität. Ein Blick zurück auf die vergangenen Jahre macht dieses mehr als deutlich. So verweisen u.a. die Morde in Hanau und Halle auf einen gesellschaftlich verwurzelten Rassismus. Die Covid19-Pandemie lässt unterschiedliche und ungleiche Vulnerabilitäten von Menschen deutlich(er) zu Tage treten. Dabei stehen die hier wirksamen Differenzkonstruktionen und die damit einhergehenden Ungleichheitserfahrungen nicht losgelöst voneinander, sondern sind miteinander verwoben, z.B. durch Rassismus, Geschlecht, Alter oder Klasse.

Weitere Informationen

maedchenarbeit-nrw.de/reflexionshandbuch-und-arbeitstool-erschienen/

Zum kostenlosen Download

maedchenarbeit-nrw.de/wp-content/uploads/2021/11/Web-Reflexionshandbuch-lagm-a-fin-68-Seiter-20-9-21Text.pdf

bildungsLab* (Hg.): #1 Bildung. Ein postkoloniales Manifest

Buch

Was ist Bildung? Die meisten Publikationen, die vorgeben, diese Frage beantworten zu können, führen in der Regel eine Reihe weißer europäischer Männer an, die an Universitäten gelehrt haben oder das immer noch tun. Das bildungsLab* interveniert in diese Selbstverständlichkeit und legt - als Auftakt einer mehrteiligen Reihe unter dem Titel *resistance & desire* - ein Manifest vor, das dazu anregen möchte, Bildung und Erfahrung zu verknüpfen.

Das bildungsLab* reflektiert über Bildung aus unterschiedlichsten Blickwinkeln: mal persönlich, mal theoretisch, mal poetisch, mal witzig, mal ernst - immer aber präzise und klug. Sie fordern das Überdenken der eurozentrisch-humanistischen Bildungsvorstellungen und ein Nachdenken über eine postkoloniale Bildung in einer pluralen Gesellschaft.

Zur Bestellmöglichkeit

www.unrast-verlag.de/neuerscheinungen/bildung-detail

bildungsLab* (Hg.)

Bildung - Ein postkoloniales Manifest

Unrast-Verlag

Reihe: *resistance & desire* Band: 1

Oktober 2021, 108 Seiten

8,90 EUR

ISBN 978-3-89771-091-7

BpB - Bürger und Staat 2021-1/2

Sammelband

Mit der Geschichte des Rassismus und seinen ideologischen Grundlagen setzt sich die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Bürger & Staat“ auseinander. Es zeigt verschiedene Positionen auf und erläutert Phänomene und gegenwärtige Erscheinungsformen von Rassismus.

Das 88-seitige Heft umfasst zwölf Aufsätze. Ausgehend von der Frage „Was ist Rassismus?“ wird den Verflechtungen mit dem Kolonialismus nachgegangen. Im Vordergrund stehen dabei die europäischen und deutschen Kolonialgeschichte, ebenso wird der Rassismus in der Geschichte der Einwanderungsgesellschaft thematisiert. Menschen, die Rassismus im Alltag erleben, berichten in eigenen Beiträgen von ihren Erfahrungen und verdeutlichen die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind. Ein Aufsatz beschäftigt sich mit rassistischer Sprache. Schließlich geht es um die politische Bildung. So gibt ein Gespräch zwischen drei Antirassismustrainerinnen einen Einblick in die Bedingungen ihrer praktischen Arbeit.

Mit Beiträgen von Josephine Jackson (adis e.V.), Noah Sow, Jule Bönkost u.a., sowie einem Gespräch mit Noomi Arndt, Susanne Belz und Anna Feldbein über die Arbeit als Antirassismustrainerin

Informationen und Download

www.lpb-bw.de/publikation3539

Meldungen

„Ver/sammeln antirassistischer Kämpfe“

Projekt

Kämpfe und Widerstände gegen Rassismus sind Bestandteil der Geschichte dieses Landes, bleiben jedoch meist unsichtbar und unerzählt. Das Projekt „Ver/sammeln antirassistischer Kämpfe“ möchte die Stimmen und Forderungen von Menschen mit Rassismus-, Antisemitismus-, und Diskriminierungserfahrungen sichtbar machen – und mit den Betroffenen selbst nach neuen Wegen suchen, die Vernetzungen, Bündnisse und Brüche innerhalb der über 70-jährigen Geschichte antirassistischer Bewegungen in Ost- und Westdeutschland aufzuarbeiten und mit heutigen Debatten und Kämpfen zu verschränken.

Aus partizipativer Recherche bspw. zu erinnerungskulturellen Kämpfen und migrantischer Selbstorganisation nach rassistischen/ rechten Anschlägen in der BRD, zu Widerständen nach rassistischen Morden in der DDR, zur jungen Schwarzen Bewegung oder zu feministischen jüdischen und antirassistischen Kämpfen sollen in einem kollaborativen Prozess Materialien archiviert und Ausstellungen entwickelt werden.

Eine Kooperation der Georg-August-Universität Göttingen mit der FH Kiel, DOMiD - Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. und dem FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum. Gefördert durch bpb - Bundeszentrale für politische Bildung.

Mehr Informationen demnächst unter

www.versammeln-antirassismus.org

Beitragsvorschläge gesucht: „Klassismus und Rassismen“

Call for papers für den IDA-Reader 2022

Rassismen und Klassismus entscheiden von klein auf über die Anerkennung und Lebenschancen, die Menschen in unserer Gesellschaft haben. Sie sind es, die Herrschaft, Diskriminierung und soziale Ungleichheit legitimieren. So haben Kinder aus reichen Familien trotz gleicher Lesekompetenzen eine viermal höhere Chance auf das Gymnasium zu wechseln als Kinder aus armen Familien. Unter letzteren finden sich überproportional viele mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte sowie BIPoC*, so dass Jugendliche aus diesen Familien die Schule immer noch häufiger ohne Abschluss verlassen als junge weiße und nicht-migrierte Menschen. Dennoch ist Klassismus in der öffentlichen Wahrnehmung merkwürdig abwesend.

All das sind Gründe, warum sich IDA im nächsten Reader, der 2022 erscheinen soll, der Verwobenheit von Klassismus und Rassismen widmen möchte

Weitere Informationen

www.idaev.de/aktuelles/detailansicht-aktuelles/call-for-papers-ida-reader-2022-beitragsvorschlaege-gesucht-klassismus-und-rassismen

Fall Oury Jalloh: Neues Brandgutachten sieht Schuld bei der Polizei

Artikel im migazin vom 04. November

Die Familie des 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannten Oury Jalloh will den Fall neu aufrollen. Ein neues Brandgutachten eines britischen Experten bestärkt Zweifel an der Behördenversion, dass sich der Asylbewerber selbst angezündet hat.

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Wahrscheinlicher sei, dass das Opfer in der Polizeizelle mit Benzin übergossen und angezündet worden ist.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/11/04/fall-oury-jalloh-neues-brandgutachten/

Quelle: www.migazin.de

Angehörige der Hanau-Opfer bekommen Aachener Friedenspreis

Artikel im migazin vom 15. November

Sie kämpfen gegen Rassismus und engagieren sich für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen: Zwei Initiativen der Hinterbliebenen von Hanau und ein interreligiöser Frauenrat aus Nigeria haben den Aachener Friedenspreis erhalten.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/11/15/angehoerige-hanau-opfer-aachener-friedenspreis-2/

Quelle: www.migazin.de

Berlin-Monitor 2021: Muslime und Migranten am meisten diskriminiert

Artikel im migazin vom 26. November

Fast jeder zweite Berliner erlebt Diskriminierung – die meisten sind Muslime und Migranten. Das geht aus dem aktuellen „Berlin-Monitor“ hervor. Brisant: Die wenigsten Betroffenen suchen Rat, die meisten unternehmen nichts oder verändern ihr Verhalten.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/11/26/berlin-monitor-2021-muslime-und-migranten-am-meisten-diskriminiert/

Quelle: www.migazin.de

Neue DeZIM-Studie: Rassismus-Opfer zeigen Diskriminierung oft nicht an

Artikel im migazin vom 07. Dezember

Opfer von Rassismus wehren sich einer Studie zufolge nur selten gegen eine erlittene Diskriminierung. Rassistische Diskriminierung auf Ämtern und von Behörden bleibe häufig folgenlos, heißt es in einer am Montag in Berlin veröffentlichten Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Wo Melde- und Beschwerdestellen existierten, würden häufiger Gegenmaßnahmen ergriffen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/12/07/studie-rassismus-opfer-zeigen-diskriminierung-oft-nicht-an/

Quelle: www.migazin.de

Amt lehnt Einbürgerung von Muslimin ab wegen verweigerten Handschlags – Absurdes aus Baden-Württemberg

Artikel im migazin vom 07. Dezember

Seit knapp zwei Jahren ist das Händeschütteln als Begrüßungsakt tabu. Doch genau das wurde einer Muslima aus dem baden-württembergischen Rastatt zum Verhängnis. Sie hatte wenige Monate vor Ausbruch der Corona-Pandemie in der Einbürgerungsbehörde einem Beamten den Handschlag verweigert. Jetzt teilte ihre die Behörde mit, dass sie nicht eingebürgert wird.

Der Fall zieht in den sozialen Medien seine Kreise und wirkt gerade in Corona-Zeiten wie aus der Zeit gefallen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/12/07/deutsche-lebensverhaeltnisse-keine-einbuengerung-muslima/

Quelle: www.migazin.de

Stellenanzeigen

Die Beratungsstelle response sucht eine*n Berater*in für Kassel

Die Beratungsstelle response sucht für den Standort in Kassel ab dem 1. Februar 2021 eine*n neue*n Berater*in für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Arbeitsbeginn

01. Februar 2022

Stellenumfang

30 Wochenstunden

Bewerbungsfrist

31. Dezember 2021

Die Ausschreibung und weitere Informationen

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Stellenausschreibungen/Stellenausschreibung_Beratung_ab_02_22_Kassel_LP.pdf

Quelle: Bildungsstätte Anne Frank, www.bs-anne-frank.de

Die Landarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit in NRW sucht Bildungsreferent*in

Aufgabe ist die Weiterführung und Umsetzung des Projektes "Irgendwie hier! Flucht – Migration – Männlichkeiten".

Arbeitsbeginn

möglichst zum 1. Januar 2022

Arbeitsumfang

32 Arbeitsstunden pro Woche

Befristung

Zunächst bis zum 31. Dezember 2022

Die Ausschreibung und weitere Informationen

lagjungenarbeit.de/files/lag_files/stellenangebote/stellenausschreibung_lag-ja-nrw_2021.pdf

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB sucht Berater*in

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB (ADNB des TBB) sucht eine*n Projektmitarbeiter*in (Beratung) zum nächstmöglichen Zeitpunkt. 23,4 Stunden.

Arbeitsbeginn

01. Februar 2022

34. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Arbeitsumfang

23,4 Stunden pro Woche

Bewerbungsfrist

02. Januar 2022

Die Stellenausschreibung und weitere Informationen

www.adnb.de/de/Aktuelles/Stellenausschreibungen/